

Bezugspreis: Vierteljahr 2.00 RM, monatlich 1.00 RM...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die feilgebotene Kolonialgesellschaft...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Montag, den 24. Juni 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Kabinettt Seidler gestürzt.

Wien, 23. Juni. Der heutige Ministerrat beschloß die Gesamtdemission des Kabinetts.

Das Erwartete, aber bis zur letzten Stunde in offiziellen Verlautbarungen Bestrittene ist damit Tatsache geworden.

Ueber die Situation vor der Entschliessung des Ministerrotes wurde der „Frankf. Ztg.“ gestern aus Wien gemeldet: Die Hoffnungen auf Einberufung des Parlaments sind auf den Nullpunkt gesunken.

Dann kam die Entscheidung des Ministerrates.

Der Beschluß des Polenklubs war einstimmig und ohne Debatte gefaßt worden. Er hat folgenden Wortlaut: Der Polenklub nimmt zunächst den Bericht seiner parlamentarischen Kommission zur Kenntnis...

Die Kämpfe an der Piave weniger heftig - Einzelangriffe im Westen bei Morlancourt, Merx, Reims.

Berlin, 23. Juni 1918, abends. Amtlich. Von den Kampfzonen nichts Neues.

Westlicher Kriegsschauplatz. Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Weilerseits der Somme hielt die rege Tätigkeit des Feindes an.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz. Französische Teilangriffe südöstlich von Merx wurden abgewiesen.

Leutnant Löwenhardt errang seinen 28. Luftsieg. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 23. Juni 1918. Amtlich wird verlautbart: Die Kämpfe an der Piave waren auch gestern weniger heftig, nur am Südfügel unserer Armeefront nahm der Feind nachmittags seine Gegenangriffe wieder auf.

Der Chef des Generalstabes.

Die Pazverweigerung gegen Troelstra.

Die Auffassung Brantings.

Stockholm, 23. Juni. (Via Drahtbericht des „Svea-Bladet“.) Jergens „Aftenblad“ veröffentlicht ein beschreibendes Interview mit Branting, der vor der Reise nach England steht.

ben, aber er will die Reise trotzdem nicht abbrechen, ja, weil er bedauerliche Angriffe in Schweden voraussetzt.

Uebrigens scheint Branting, welcher die Forderung der Kriegslage der Entente als Voraussetzung einer halbigen Verständigung über den Frieden betrachtet, seiner Reise eher Privatcharakter beizulegen, da er sich wegen seiner Haltung auf der Londoner Konferenz nicht einmal mit dem an das vorjährige holländisch-schwedische Komitee angeschlossenem Axelrod und den unlängst zur Herstellung internationaler Verbindungen hergeforderten zwei Vertretern der antiholländischen russischen Parteien ins Einvernehmen setzte.

Henderson zur Pazverweigerung gegen Troelstra.

Amsterdam, 23. Juni. In einem Interview mit Reuters hat Arthur Henderson über den Beschluß der englischen Regierung, Troelstra nicht zu erlauben, nach England zu kommen, erklärt, daß dieser Beschluß auf der Jahresversammlung der Arbeiterpartei in der nächsten Woche einige Enttäuschung hervorrufen werde.

Bei der erheblichen Bedeutung, die Lloyd George der Haltung der englischen Arbeiterorganisationen beimißt, nimmt die Arbeiterpartei hoffentlich die günstige Gelegenheit wahr, dem Ministerpräsidenten die Taktik der Pazverweigerung in einer Form anzumerken, die mehr als nur „einige Enttäuschung“ verrät.

Amsterdam, 23. Juni. Arthur Henderson sagte gestern in einer Rede in Brighton, daß die Demokratien der Welt jetzt an einem Kreuzwege ständen und daß eine verkehrte Wahl des Weges zur Anarchie und zum Chaos führen könne.

Ein großer Tag?

Eine allgemeine Aussprache ist zu heute im Reichstag angelegt. Das bedeutet in der parlamentarischen Sprache einen „großen Tag“.

Das ist meist das Fazit der „großen parlamentarischen Tage“. Eine Beschreibung, eine Darstellung dessen, was ist. Eine Darstellung, oft von Meisterhand, aber kein eigentliches Geschehen.

Doch es kann auch wirkliche Handlung, wirkliche Tat in einer solchen Sitzung geben. Das ist freilich der seltenste Fall, aber nur in ihm ist der Name „große Sitzung“ wirklich am Platze.

Wir wünschen gern, daß die Sitzung des Reichstags vom Montag zu dieser letzten Art gehöre, daß sie uns nicht nur schöne Reden bringe, sondern auch ein Geschehen, das dem deutschen Volke nützt.

Natürlich darf das nicht eine Friedensoffensive in dem Sinne sein, wie unsere Feinde das Wort auslegen, ein listiges Friedensmanöver, das nicht auf den Frieden, sondern auf die Uneinigkeit der Gegner berechnet ist.

Graf Hertling wird es allerdings leicht haben, wenn er Wortwände sucht, um eine solche Friedensoffensive abzulehnen. Er kann auf die Reden der englischen Staatsmänner verweisen, die in das Ziel des Friedens durch den Sieg ausmünden.

Aber der große Dichter Dostojewski hat an einer berühmten Stelle einmal die Logik eines „Stoß mit zwei Enden“ genannt. So sind auch fast alle Diplomatenreden ein „Stoß mit zwei Enden“.

Zimmerlin gibt es auch eine Möglichkeit, diese Reden am Friedensende anzupacken. Wir sehen sie z. B. verwirklicht in der Erklärung der drei holländischen Abgeordneten Dreßelhuys, Koolen und Rutgers.

„Die Regierung kein einziges mögliches Mittel außer acht gelassen hat, um herauszufinden, ob es irgendeine Möglichkeit gab, auf ehrenvolle Weise aus diesem Krieg zu kommen;“ und zweitens, daß sie im allgemeinen dem Gedanken nicht abgeneigt wären, daß der Friede durch Unterhandlungen zustande kommen soll“.

Aus der langen, von den Holländern ausgeführten Skatensreihe haben wir heraus:

Präsident Wilson erklärte in seiner Rede vor dem Amerikanischen Kongress am 18. Mai:

„Wenn die Mittelmächte den Frieden wünschen, sollen sie doch mit bevollmächtigten Vertretern herkommen und ihre Bedingungen auf den Tisch legen. Das haben wir mit den unsrigen getan, und sie wissen, welche es sind.“

Mr. Balfour sagte im englischen Unterhaus am 16. Mai: Wenn ein oder der andere Vertreter irgendeines kriegsführenden Staates ernstlich wünscht, uns Vorschläge zu machen, sind wir bereit, darauf zu hören. Es gibt niemand, der mehr als die englische Regierung danach verlangen kann, diesen Krieg zu einem ehrenvollen Ende zu bringen, und wenn man uns irgendeinen Weg zeigt, wodurch dies erreicht werden kann, wird er natürlich angenommen werden.“

Veranlaßt durch die Rede Mr. Balfours meinte Mr. Asquith feststellen zu dürfen:

„Die britische Regierung hat die Tür nicht für Schritte in der Richtung eines ehrenvollen Friedens geschlossen, und wenn ein Antrag an sie gestellt wird, von welcher Seite er auch kommen möge, wenn er nicht im Unbewußten schwebt, sondern auf festen Grundlagen ruht, dann wird man, dessen bin ich sicher, mit einem solchen Vorschlag bei unserer Regierung nicht an das Ohr eines Taubens klopfen. Möge dies recht deutlich sein.“

Am selben Tag erklärte Lord Robert Cecil, daß:

„Wenn irgendein Friedensangebot gemacht wird, von welcher Seite es auch sei, vorausgesetzt, daß es aus einer Quelle kommt, die verständlich und vertrauenswürdig ist, ein derartiges Angebot verdient, von der Regierung genau geprüft zu werden.“

Während Lord Curzon sich in demselben Sinne äußerte:

„Wir sind allezeit bereit gewesen, den Frieden zu erwägen, und wir werden auch jeden Augenblick bereit sein, den Frieden zu erwägen.“

In diesem Sinne ist auch die jüngste Rede Balfours ein „Stoß mit zwei Enden“, trotz aller kriegerischen Schlussfolgerungen enthält sie doch in ihrer Mitte den bedeutungsvollen Satz:

Die Alliierten sind bereit, in ihrer Gesamtheit auf alle vernünftigen Vorschläge zu hören. Die Regierung wird ihre Ohren einem vernünftigen Vorschlag nicht verschließen.

Die jüngste Schuldiplomatie wird allerdings versichern, daß man sie mit derlei Mitteln nur aufs Glatteis locken wolle.

Aber die jüngste Diplomatie darf es uns nicht übel nehmen, wenn wir zu ihren Methoden ganz und gar kein Vertrauen mehr haben, sie hat sich zu oft blamiert. Wer ein gutes Gewissen hat, für den bedeutet die Preisgabe des ängstlich gehüteten Kriegszielgeheimnisses kein Glatteis.

Der Beginn einer ehrlichen Friedensoffensive durch die Regierung könnte die morgige Sitzung zu einer „großen“ machen, zu einer Tat, die uns vielleicht einen fünften Kriegswinter erspart. Aber schon verkündet die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß Graf Hertling am Montag zwar anwesend sein werde, doch nicht die Absicht habe zu reden. Reden ist nicht immer eine Tat, dies Schweigen aber gewiß keine!

Der Arbeiterrat und Burians Antwort.

Wien, 23. Juni. Die Erklärungen des Grafen Burian an die Delegation des Arbeiterrats wurden noch gestern Abend dem Arbeiterrat vorgelegt, der bis spät in die Nacht hinein beriet, aber zu keinem Resultat kam. Die Verhandlungen werden heute vertagt. In sozialistischen Kreisen wurde die Erklärung Burians nicht ungünstig aufgenommen. Die „Arbeiterzeitung“ sagt: Die Erklärung könne nicht mehr erreichen, als daß sie die Friedensfreunde im Ausland stärkt. Das aber werde sie erreichen, insofern dürfe die Arbeiterschaft mit der Antwort des Ministers zufrieden sein.

Budapest, 22. Juni. Kaiser Budapest haben viele andere ungarische Städte sich bereit erklärt, durch Kürzung ihrer Getreidequote die Lage in Wien und Oesterreich zu lindern. Die Stadt Budapest hat heute große Mengen Getreide, Obst, Gemüse und 20 000 Haken nach Wien geschickt.

Sturm in der französischen Kammer.

Angriffe der Sozialisten.

Genf, 23. Juni. Bei der Kammerdebatte über die Privilegien der Bank in Frankreich griffen die Sozialisten die Regierung heftig an, die im Jahre 1915 die Bank veranlaßt hatte,

500 Millionen Franken an französische Gläubiger russischer Privatier zu zahlen. Finanzminister Klotz verteidigte jedoch jede Auskunft, insbesondere über die Namen von 75 Personen, unter welche viele Millionen verteilt worden waren. Unter lebhaften Protesten der Linken wurde die Sitzung aufgehoben.

Eröffnung des polnischen Staatsrates.

Am Sonnabend wurde in Warschau der Staatsrat feierlich im Kolonnenaal des alten Königsschlosses eröffnet. Fürst Lubomirski verlas namens des Regenschafstades die Thronrede, in der es u. a. heißt:

Der heutige Tag bedeutet einen wichtigen Schritt vorwärts in der Entscheidung der Kraft des polnischen Staates. Im Staatsrat erhalten wir denjenigen Faktor der Staatsgewalt, dessen Bestehen sowohl die unumgänglichen allgemeinen Bedingungen für die Gestaltung der polnischen politischen Verfassung als auch die dringendsten Bedürfnisse des täglichen Lebens verlangen. Daher begrüßt der Regenschafstade, ohne seine Augen davor zu verschließen, daß die Grundsätze, auf denen in der ungewöhnlichen Lage der Staatsrat aufgebaut werden mußte, Mängel aufzuweisen, auch ohne zu vergessen, daß die Zusammensetzung des Staatsrates kein genaues Bild von der Verteilung der schöpferischen Kräfte des Volkes wiedergibt, in Ihrer Verammlung die erste polnische gesetzgebende Körperschaft seit vielen Jahren, in der tiefen und freudigen Zuversicht, daß Ihre patriotische Besonnenheit, Ihre gebildete Eifer und Ihre Kenntnis von den Angelegenheiten des Landes Würdigung für fruchtbar Arbeit und zutreffende Entscheidung in allen denjenigen wichtigen Aufgaben sein wird, die auf Entscheidung warten.

Fürst Lubomirski entwickelte in der Thronrede sodann ein Bild von den Aufgaben des Staatsrates, wobei er den Entwurf eines Militärgesetzes betonte, das in der Erwägung eingebracht wurde, daß es die erste Pflicht eines Volkes, das frei

werden wolle und solle, sei, dem Vaterlande das Recht zu verteidigen, seine Staatsbürger zu seiner Verteidigung zu berufen.

Am Schluß der Thronrede heißt es unter anderem: Der Regenschafstade und die polnische Regierung hegen in genauer Betrachtung der Entwicklung der Tatsachen die feste Ueberzeugung, daß das ganze Volk zu ihm steht, vereinigt in dem Streben nach einem freien und unabhängigen Dasein, und daß dieses Bestreben durch die unerschütterliche Logik der Geschichte unterstützt wird, welche durch den großen Krieg zur Befreiung der Völker und zur staatlichen Neugestaltung im Osten Europas führt. Wir stützen uns auf den großherzigen Akt der mächtigen Herrscher, die Polen ein unabhängiges Dasein verbürgen. Diese Würdigung ist einerseits die Quelle tiefer Dankbarkeit für die Monarchen, andererseits für uns und unsere Regierung die Grundlage der Ueberzeugung, daß die Verwirklichung der staatlichen Unabhängigkeit Polens, in engem Einvernehmen mit den beiden Zentralmächten fortschreitend, in dauerndem Verträge mit diesen zum Ausdruck kommen wird.

Englische Fliegerangriffe gegen die flandrische Küste.

Berlin, 23. Juni. (Antlich.) In den letzten Tagen fanden wiederholte Flugzeugangriffe gegen Brügge, Ostende und Zeebrügge statt. Hierbei wurde von feindlichen Fliegern unter Nahrung der völlerrechtlichen Abmachungen auch das Hospital in Ostende angegriffen und getroffen. In Brügge wurden 5 Einwohner getötet, 11 verletzt. Militärischer Schaden ist nicht entstanden. Mehrere feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen. Deutnant zur See Sachsenburg, der Führer unserer dortigen Marinejagdflieger, errang seinen 15. Luftsieg.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Marine der Vereinigten Staaten. Washington, 19. Juni. (Neuter.) Das Repräsentantenhaus nahm ein Gesetz über die dauernde Verweigerung des eingestellten Personals der Flotte von 87180 auf 131485 Mann an. Das Gesetz wurde bereits vom Senat angenommen.

Das Schicksal der Wahlrechtsvorlage.

Zu der schon gestern von uns angezeigten Senationsmeldung des „Achtuhrenblattes“ schreibt die offiziöse „N. N.“:

Die Meldung dürfte sich lediglich auf Vermutungen begründen, sie trifft jedenfalls in ihren Hauptpunkten nicht zu. Unrichtig ist, daß der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, Berlin verlassen wird, um auf Urlaub zu gehen; Dr. Friedberg wird vielmehr auch den Verhandlungen des Herrenhauses über die Wahlreform beiwohnen. Auch was die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Ansetzung von Neuwahlen betrifft, so beruht die Meldung auf falscher Annahme. Die Stellungnahme der Regierung zu diesen Fragen wird völlig abhängig sein von dem weiteren Gang der Verhandlungen, so daß es unmaßstäblich ist, schon jetzt von einem bestimmten Zeitpunkt einer gegebenenfalls notwendig werdenden Auflösung zu sprechen.

Die „gegebenenfalls notwendig werdende Auflösung“ ist eine schöne Form der Selbstironie. Soviel Humor hätten wir dem offiziellen Blatt gar nicht zugemutet!

Eine neue Kreditvorlage.

Wie das „N. N.“ erzählt, wird dem Reichstage noch in diesem Tagungsabschnitt eine neue Kreditvorlage, veranschlagt in Höhe von 15 Milliarden, zugehen; ferner ein Gesetzentwurf zur Verlängerung der Legislaturperiode um abermals ein Jahr.

Noch einmal: Das Rettungshaus Tiefenort.

Aus Weimar wird uns geschrieben: Die Weimariische Staatsregierung hat gemäß ihrer Anfründigung im Landtag an die Zeitungen, darunter auch an den „Vorwärts“, Berichtigungen zu der Angelegenheit des Tiefenorter Rettungshauses gefandt. Gegenüber ihren Bemühungen, sich und die Anstaltsleitung reinzuwaschen, sei folgendes ausgeführt:

Schon im April 1917 hat der Landtagsabgeordnete Gen. Leber die Großherzogliche Staatsregierung darauf hingewiesen, daß die von den Jöglingen mehrfach verübten Raubmitteldiebstähle auf schlechte Ernährung zurückzuführen seien. Weiter forderte Gen. Leber die Regierung auf, die Anordnungen des Hausarztes Geigel aufzuheben, durch die den Eltern der Jöglinge jeder Besuch und die Zufuhr von Nahrungsmitteln an ihre Kinder untersagt wurde. Diese Eingabe hatte ebensowenig Erfolg wie eine nochmalige spätere, die Gen. Leber auf das dringende Ersuchen verschiedener Eltern an die Regierung absandte.

Als nun im Februar 1918 zwei Jöglinge des Rettungshauses in die Klinik Jena eingeliefert wurden, konnte Gen. Leber feststellen, daß der eine Junge innerhalb eines Jahres 15 Pfund an Körpergewicht abgenommen hatte und bei einem Alter von vierzehn Jahren nur noch 53 Pfund wog, obwohl er in der Klinik schon zwei Pfund zugenommen hatte. Der andere hat innerhalb eines Jahres 6 Pfund abgenommen.

Als noch weitere Jöglinge in die Klinik eingeliefert wurden, hat der Arzt festgestellt: „Daß die Kinder im Tiefenorter Rettungshaus auf Tuberkeln zu untersuchen und daß die bei drei Jöglingen vorgefundenen Schwellungen auf mangelnde Ernährung zurückzuführen sind.“ Auf Grund dieses Befundes wandte sich Gen. Leber nochmals an die Staatsregierung und verlangte sofortige Untersuchung und die sofortige Suspendierung des Hausarztes Geigel. Antwort: Die Zustände im Tiefenorter Rettungshaus seien bereits von einem Medizinischfachverständigen untersucht worden. Das Resultat der Untersuchung wurde nicht mitgeteilt, statt dessen starben 6 Jöglinge aus dem Rettungshaus. Daraufhin richtete Gen. Leber im Weimariischen Landtag am 27. Mai d. J. die vom „Vorwärts“ wiedergegebene Anfrage. In ihrer Antwort bestritt die Regierung entschieden, daß die Kinder wegen mangelnder Ernährung tuberkulös geworden seien. Der Junge, der 15 Pfund abgenommen habe, habe an Verdauungsstörungen gelitten. Die Jöglinge bekämen ein reichhaltiges abwechslungsreiches Mittagbrot. Uebrigens seien in den anderen derartigen Anstalten während des Krieges noch mehr Insassen gestorben. (Ein wunderbares Bekenntnis!)

Da diese Antwort Gen. Leber nicht genüge, hat er am 1. Juni eine weitere Anfrage an die Regierung gerichtet. Gelegentlich einer Petition des Gemeindevorstandes in Jena wurde dann die Frage im Landtag nochmals aufgerollt. Bei dieser Auseinandersetzung hatte die Regierung im ganzen Landtag keinen Verteidiger, mit Ausnahme des antisemitischen Abg. Kaiser aus Tiefenort. Vom Präsidenten des Thüringischen Ernährungsamtes, Herrn v. Eichel, wurde ausdrücklich festgestellt, „daß erst jetzt die Verwaltung des Rettungshauses den Kommunalverband um höhere Zuwendungen angegangen

ist.“ Damit richtet sich die Behauptung der Weimariischen Regierung, es sei bereits alles geschehen, um die Kinder mit Lebensmitteln zu versorgen. Daß gegenwärtig, nachdem die Sache sozial Staub aufgewirbelt hat, vielleicht manches im Rettungshaus gebessert wird, ist möglich. Geschieht es aber nicht, dann ist in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Warum es an Fett mangelt?

Im Siegburger Kreisblatt (Nr. 71) erläßt der Landrat eine Bekanntmachung, der wir folgende bezeichnende Stellen entnehmen:

„Der Kreis hat durch Anstellung von Revisoren und Disziplinbeamten sowie durch Einleitung umfangreicher Erfassungsmaßnahmen seinerseits alles Mögliche getan, um die Landwirte zur Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht anzuhalten. Diese Maßnahmen haben jedoch bisher nur geringen Erfolg gehabt, weil die Landwirte in den Gemeinden mit großem Milchviehbestand sich selbst nicht genug den Verbrauch von Milch und Butter einschränken und zudem noch immer sehr große Mengen Butter im Schleißhandel abgeben. So hat im Mai dieses Jahres zum Beispiel die Bürgermeisterei Lohmar statt 419 Kilo nur 45 Kilo, Much statt 4098 Kilo nur 2740 Kilo, Reunkirchen statt 2003 Kilo nur 459 Kilo, Oberpleis statt 1260 Kilo nur 150 Kilo, Ruppichterath statt 1356 Kilo nur 231 Kilo, Uckerath statt 1947 Kilo nur 532 Kilo abgegeben.“

In dem Kreise mit dieser renitenten Landbevölkerung befinden sich Orte mit starker Munitionindustrie, so z. B. Siegburg und Troisdorf, wo die Fettabgabe wesentlich eingeschränkt werden mußte. In manchen Gemeinden ist die Fettration schon auf 16 Gramm wöchentlich herabgesunken.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg

hielt am Sonntag, den 23. Juni, seine Jahres-Generalsammlung im Sitzungssaal Lindenstraße 3 ab. Sie war besucht von 63 Delegierten aus 26 Orten und von 18 Kreisfunktionären. Der Vorsitzende, Genosse Thurow, teilte mit, daß der bisherige Kreissekretär Genosse Proger aus seiner Stellung ausgeschieden und als BezirksparteiSekretär nach Frankfurt a. M. übergesiedelt sei. Der Vorstand empfahl, die Stelle einstweilen nicht zu besetzen.

Den Geschäftsbericht erstattete der Kassierer Genosse Pagels. Er wies darauf hin, daß am 24. Juni 25 Jahre verstrichen sind, seitdem der Kreis zum ersten Male einen sozialdemokratischen Abgeordneten wählte. Es müsse unsere Pflicht sein, den Kreis auch für die Zukunft der Partei zu erhalten.

Das verlossene Geschäftsjahr war das erste volle Jahr noch vollzogener Spaltung. Nach Ausschaltung des unseligen Parteisekretärs konnte an fast sämtlichen Orten eine Festigung und fortschreitende Entwicklung der Organisation konstatiert werden. In verschiedenen Orten, in denen die Unabhängigen die Parteiorganisation völlig zugrunde gerichtet hatten, gelang es, die Organisation wieder neu aufzubauen, so daß am Jahreschluß 41 selbständig arbeitende Bezirke vorhanden sind. Die Zahl der Mitglieder mit vollbezahlten Beiträgen beträgt 3102 (2298 männliche und 804 weibliche). Nach der Spaltung sind 2035 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen. Gegenüber dem Vorjahre ist die Mitgliederzahl um 873 gestiegen. Trotz harter Behinderung fanden 341 Versammlungen und 27 Frauenversammlungen statt. Im Berichtsjahre wurden 91 000 Flugblätter und Broschüren verteilt, die sich im wesentlichen auf den „Frieden“, die „Ernährung“, das „gleiche Wahlrecht“, die „Kriegssteuer“, die „Gemeindeverordnetenwahlen“ usw. bezogen. In einer ganzen Reihe von Orten fanden Gemeindeverordnetenwahlen statt, bei denen sich der Kampf in der Hauptsache gegen die Unabhängigen richten mußte. Fast in allen Orten waren wir siegreich, so in Mariendorf, Neufölln, Tempelhof, Steglitz und Kottbus. Dabei wurden den Unabhängigen 7 Sitze abgenommen — trotzdem hinter ihnen bekanntlich die „Massen“ stehen. Von den 106 sozialdemokratischen Gemeindeverordneten des Kreises gebildet unserer Organisation 162 an, und zwar 80 Stadtverordnete in 7 Städten und 73 Gemeindeverordnete in 24 Landgemeinden; dazu kommen 10 Magistrats- resp. Gemeindevorstandmitglieder. Die am 1. Januar 1918 eingetretene Beitragsüberschüssigkeit auf 80 Pf. für Männer und 80 Pf. für Frauen hat erfreulicherweise dem Fortschritt der Mitgliederzahl launisch Tribut geleistet. In Beiträgen wurden eingenommen 11 419,40 Mark, sonstige Einnahmen 2134,76 M. Die Ausgaben der Bezirke betrugen 8238,08 M. Die Einnahmen der Kreisliste bezifferten sich auf 46 716 M., die Ausgaben auf 35 627,52 M., so daß am Jahreschluß ein Kassensaldo von 11 088,74 M. verblieb. Die Verbreitung des „Vorwärts“ ist trotz des Konkurses der Unabhängigen erfreulich gestiegen. Er konnte eine Zunahme von 40 000 Abonnenten buchen.

In der sehr regen Diskussion kam allgemein die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Partei trotz aller Schwierigkeiten in den einzelnen Orten sich wieder im Aufstiege befindet. Gewünscht wurde eine stärkere Belebung der Frauenagitation. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Bei der Vorstandswahl wurden wiedergewählt zu Vorsitzenden Franz Thurow und Franz Krüger, zum Kassierer Pagels, zu Beisitzern Stiefenhöfer, Frisch und Frau Rhned. Zum Schriftführer wurde neu gewählt Genosse Böste. Die bisherigen Revisoren Wengel, Sellin, Leger, Lemm und Karge wurden wiedergewählt, ebenso für die Preßkommission die Genossen Böck und Küter, als Vertreter der Frauen für Groß-Berlin Genossin Rhned, für die Revisionskommission in Groß-Berlin Genossin Sellin, für den Bezirksvorstand Krüger, Riedler, Schneider und Pagels, für den Jugendauschuß Genosse Keller. Der bisherige engere Bezirksvorstand soll zur Wiederwahl vorgeschlagen werden.

Von Kreistag-Baumshulenkow liegt folgender Antrag vor: „Die Kreis-Generalsammlung am 23. Juni 1918 möge Stellung nehmen dazu, ob auf Grund der gegenwärtigen politischen Situation eine weitere Bewilligung der Kriegskredite seitens der sozialdemokratischen Fraktion noch geboten erscheint.“

Genosse Krause legt die Gründe dar, die den Antrag veranlassen haben. Die Entwicklung der deutschen äußeren und inneren Politik lasse Zweifel erwachen, ob die Bewilligung der Kriegskredite sich noch rechtfertige. Eine Klärung der Frage sei dringend notwendig. Auf Antrag Schmidt wird der Antrag dem Kreisvorstand zur gemeinsamen Erledigung mit dem Bezirksvorstand überwiesen.

Sodann referierte Genosse Wiffel über das neue Aktionsprogramm der Partei, dessen Forderungen er begründete. Wir fordern darin in erster Linie das allgemeine, gleiche demokratische Wahlrecht und die entscheidende Beeinflussung der Regierung durch die Volkvertretung, also das freieste Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Wenn die Sozialdemokratie im Rahmen des parlamentarischen Regierungssystems Einfluß ausüben will, muß sie bereit sein, mit bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten und eventuell auch in die Lösung einzelner Fragen zu willigen, die nicht ganz unseren Forderungen entsprechen, ebenso wie dies auch die bürgerlichen Parteien müssen. Die Uebergangswirtschaft soll staatlich geregelt werden, nach den Interessen des Volkes. Dem Handel, der Industrie usw. darf freier Spielraum gelassen werden, da sonst die Veranschlagung von Rohstoffen und Waren nicht nach dem Bedürfnis, sondern nach der Profitmäßigkeit erfolgen würde. In der Leitung der Uebergangswirtschaft

müssen auch die Arbeiter in ausreichendem Maße beteiligt werden. Die im Meere schwimmenden Arbeiter müssen so schnell wie möglich wieder in Arbeit gebracht werden und bei zeitweiser Arbeitslosigkeit öffentliche Arbeitslosenunterstützung erhalten. Eine Zurückbehaltung im Meere darf nicht stattfinden. Die monopolistische Entwicklung im Handel, Industrie und Bankwesen unter staatlicher Kontrolle kommen und dem allgemeinen Volksinteresse dienbar gemacht werden. Für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens ist vor allen Dingen die schleunigste Herstellung der Handelsbeziehungen zu allen Ländern notwendig. Der Wunsch der „Chemnitzer Volksstimme“, die Einfuhr von Textilzeugnissen im Interesse der deutschen Textilarbeiter zu verbieten, widerspricht unseren Grundgedanken und den Interessen unseres Volkes. Bei dem bestehenden Mangel an allen Textilzeugnissen müssen wir nehmen, was wir kriegen können. Wir können auch nicht unsere Grenzen schließen, wenn wir die Öffnung der Grenzen der anderen Länder verlangen. Zur Deckung des ungeheuren Finanzbedarfs des Reiches fordern wir schärfste Heranziehung des Besitzes. Durch die Abschaffung der Kriegsgewinnsteuer haben die Unabhängigen gegen die Interessen der Arbeiter auf schwerste Verstoßen. Wir fordern weiter den Ausbau der sozialen Gesetzgebung, des Arbeiterschutzes, der Kriegsbeschädigtenfürsorge, des Koalitionsrechts, der Wohnungsfürsorge und die Durchdringung der Gemeindeverwaltungen mit wahrhaftem sozialem Geist. Das Aktionsprogramm soll das Erfurter Programm ergänzen und die Grundlage unserer nächsten politischen Tätigkeit bilden. Die Unabhängigen haben uns vorgeworfen, daß das Programm nicht von wissenschaftlicher Politik getragen sei. Wir wollen aber nicht Theorie, sondern die Tat.

Genosse Kunze begründet folgenden Antrag von Neuföllin: „Dem Aktionsprogramm ist unter Punkt Sozialpolitik folgendes hinzuzufügen: „Ausbau und Vereinheitlichung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Insbesondere durch Aufhebung der Alters- und Pensionsversicherung der bei Staats- und Gemeindebehörden beschäftigten Personen und Einziehung derselben in die staatliche Arbeitnehmersicherung.“ Dadurch sollen die Beamten nicht schlechter gestellt werden als bisher, sondern die Renten für die übrigen Arbeitnehmer sollen entsprechend erhöht werden. Außerdem soll die Selbstständigkeit und Bewegungsfreiheit der Beamten gefördert werden.

Genosse Krüger wendet sich gegen diesen Antrag, der zurzeit unbedenklich sei. Wenn die soziale Gesetzgebung mit der Beamtenfürsorge gleichgestellt werden soll, so müßten die Beiträge etwa verdreifacht werden. Notwendig ist, daß die Stellungnahme der Partei zur Sozialfrage im Aktionsprogramm präzisiert wird.

Genosse Schmidt-Göpenich wünscht ein Eingehen auf die Agrarfrage. Ein Teil der Partei (auch der Genosse Stämpfer im „Vorwärts“) glauben, daß dem Großgrundbesitz das Todesurteil gesprochen sei und verlangen die Bauernkolonisation. Ich halte auch die Leistungsfähigkeit des Großgrundbesitzes noch für sehr steigerungsfähig. In der „Chemnitzer Volksstimme“ hatte Genosse Arnold die mangelhaften Kriegsergebnisse der Landwirtschaft damit entschuldigt, daß 5-6 Millionen ländliche Arbeiter zum Heeresdienst eingezogen seien. 1913 waren aber nur 8 1/2 Millionen männliche Landarbeiter im Alter von 17-50 Jahren vorhanden. So oberflächlich darf man nicht verfahren. Es muß in das Aktionsprogramm die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion aufgenommen werden.

Genossin Lodenhagen wünscht eine größere Spezialisierung der sozialpolitischen Forderungen.

In seinem Schlusswort geht Genosse Bissell auf die verschiedenen Anregungen ein, denen er zum Teil zustimmt und die er der Kommission des Aktionsprogramms unterbreiten wird. Der Antrag Neuföllin wird abgelehnt.

## Richard Fischers 25jähriges Reichstagsjubiläum.

Heute jährt sich zum fünfundsingzigsten Male der Tag, an dem unser Genosse Richard Fischer zum ersten Male von den Arbeitern des II. Berliner Reichstagswahlkreises in den Reichstag gewählt wurde. Seit diesem Tage, dem 24. Juni 1893, ist der II. Wahlkreis, damals frisch erobert, ununterbrochen im Besitz der Partei geblieben, und ebenso lange hat Genosse Richard Fischer in treuer Pflichtenfüllung das Mandat verwaltet.

Der 24. Juni 1893 bedeutet für die Berliner Arbeiterbewegung ein historisches Datum: er kennzeichnet sinnfällig die Eroberung Berlins durch das sozialistische Proletariat. Gewiß, die stärkste Partei in Berlin war die Sozialdemokratie schon ehedem gewesen. Bei den Wahlen von 1890 hatte sie in den 6 Berliner Wahlkreisen 126 317 Stimmen erhalten gegen 75 006 Stimmen des Fortschritts und 24 467 der Konservativen und Antifemisten. Aber infolge der damals schon sehr ungleich gewordenen Wahlkreisenteilung hatte die Sozialdemokratie nur zwei der sechs Berliner Wahlkreise, den IV. und VI., erobern können.

Aber bei den Wahlen von 1893, den ersten seit Fall des Sozialistengesetzes, schlug das Verhältnis jäh um. Im ersten Wahlgang gewann die Sozialdemokratie in Berlin 24 600 Stimmen, der Fortschritt verlor 16 940! Zwar konnten in der Hauptwahl am 15. Juni wieder nur der IV. und VI. Kreis von Paul Singer und Wilhelm Dieblich erobert werden, aber bei den Stichwahlen half den Freisinnigen auch die konservative Hilfe nicht mehr: der II., III. und V. Kreis wurden am 24. Juni 1893 sozialdemokratisch besetzt. Richard Fischer hatte den II., Bogtherr den III., Robert Schmidt den V. Kreis geholt. Gleichzeitig wurde auch Fritz Jubeil zum erstenmal in Keltow-Beeslow gewählt und damit — Niederbarnim war schon seit 1890 sozialdemokratisch — war die sozialistische Eroberung Groß-Berlins vollendet, bis auf den kleinen I. Wahlkreis, der infolge seiner ganz besonderen Verhältnisse bis jetzt den Fortschrittlichen verblieben ist.

Das Wahlergebnis erweckte in der Arbeiterschaft ungeheuren Jubel. Die Genossen des II. Kreises hatten sich am Abend der Wahl im Rod und Tiboli versammelt. Im Rod herrschte ein solches Gedränge, daß die Postzei — auch ein Zeichen der damaligen Zeit — die Eröffnung der Versammlung nicht gehalten wollte. Die Genossen schafften jedoch Luft, indem sie die Tische hinausgedrängten. Mittlerweile traf schon ein Extrablatt mit den Siegesresultaten ein. Draufender Jubel erhob sich. Besonders der Sieg Richard Fischers, der mit 29 470 Stimmen gegen 19 742 den Freisinnigen Birchow geschlagen hatte, übertraf alle Erwartungen.

Seit diesem denkwürdigen Tage sind fünfundsingzig Jahre vergangen. In rastloser parlamentarischer Arbeit für die Interessen der Arbeiterschaft, durch Wort und Tat hat der damals Gewählte gezeigt, daß die Wähler von Berlin II einem Manne ihr Vertrauen geschenkt haben, der es in vollem Maße verdiente. Seine oft mit fernem Humor gewürzten temperamentsvollen Reden fanden stets die Aufmerksamkeit des Hauses. In wenigen Wahlkreisen besteht ein ähnlich persönliches Verhältnis zwischen den Wählern und „ihrem“ Abgeordneten wie in Berlin II. Richard Fischer, der gehobene Bajaware, verstand es trefflich, mit der Schlagkraft seines Wortes und Witzes sich der Berliner Art anzupassen. Freilich ist auch der II. Berliner Wahlkreis von den erbitternden und zersetzenden Einflüssen der leidigen Parteipaltung nicht freigeblieben, aber die letzten Kommunalwahlen haben deutlich gezeigt, daß auch in Berlin II das Gros der Arbeiterschaft treu zur Fahne der alten Partei steht. So dürfen wir am heutigen Tage die begründete Hoffnung aussprechen, daß noch auf lange Jahre Genosse Richard Fischer das Mandat des II. Berliner Wahlkreises zum Ruhm und Gedeihen der Arbeiterschaft verwaltet möge.

Am gestrigen Sonntagabend hatte der Sozialdemokratische Wahlkreis für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis in Jähles Festhallen, Dennwitzestraße, eine Jubiläumssfeier aus Anlaß der fünfundsingzigjährigen Tätigkeit seines Reichstagsabgeordneten Richard Fischer veranstaltet. Eine zahlreiche Schar bekannter Partei- und Gewerkschaftsangehöriger nebst Frauen hatte sich eingefunden, um durch ihre Anwesenheit dem Jubilar einen bescheidenen Teil der Anerkennung für sein reiches parlamentarisches Wirken im Interesse der Arbeiterklasse zu zollen.

Und diese Feier galt nicht nur dem Parlamentarier Fischer, sondern auch dem Manne, der seit Jahrzehnten unermüdet und mit seltenem Feuer und Temperament in Berliner Organisations- und Parteileben seine agitatorische Kraft entfaltet hat. Das, was er an agitatorischer und organisatorischer Arbeit leistete, können selbst diejenigen nicht verleugern, die heute zum Schaden der gesamten Arbeiterfrage eigene Wege wandeln.

Diesen Gedanken brachte auch der langjährige Funktionär des zweiten Kreises, Genosse Schröder, in seiner Ansprache zum Ausdruck. Der Redner erinnerte daran, welchen Jubel die erstmalige Wahl Richard Fischers vor 25 Jahren unter der Arbeiterschaft auslöste und wie sich die Wählerkraft bei den nächsten Wahlen ständig vermehrt hat. Der Wunsch der Parteiorganisation und der Wählerkraft sei es, den Jubilar noch lange Zeit als Vertreter des Proletariats wirken zu lassen.

Richard Fischer, der hierauf selbst das Wort ergriff, betonte, an einem solchen Tage handle es sich darum, sich selbst Rechenschaft zu geben über die Frage, ob er das, was er vor 25 Jahren seinen Wählern versprochen, in der Zeit seines Wirkens gehalten habe. Offen und ehrlich zeigte er den Anwesenden den Spiegel seines Seelen- und Geisteslebens. Als Fehler mag es ihm oft angelehrt worden sein, daß er den Gegensatz zwischen Theorie und Praxis in entscheidenden Momenten des politischen Lebens richtig erkannt habe. Indessen habe er die Genugtuung, daß das, was er erkannt und mit allen Kräften verfolgt habe, durch die Entwicklung der Verhältnisse als richtig bestätigt worden sei. Stets sei der Gedanke, wie er dem Proletariat am besten nützen könne, das Motiv seines Handelns und Wirkens gewesen. Das habe er vor 25 Jahren seinen Wählern versprochen und er erneuere dieses Gelübde bis zu seinem Tode.

Hermann Mollenhuth, einer jener Veteranen der Partei, die mit dem Jubilar die schwersten Zeiten der Arbeiterbewegung durchlebte, warf einen Rückblick auf die Vergangenheit. Dabei gedachte der Redner jener Periode des Kampfes, in welcher Fischer als Ausgewiesener die wichtige und erfolgreiche Vorpostenarbeit der Partei gegen die reaktionären Machenschaften während des Sozialistengesetzes geleistet hat. — Der Krieg habe den ruhigen Gang der Weltentwicklung unterbrochen und damit auch einen Zwischenhalt innerhalb der Partei hervorgerufen. Der heutige Zustand der Parteipaltung dürfe und müsse nicht nutzlos machen. Wenn die heutige Kriegswirtschaft im Trümmern liege und es heißen werde, Neues aufzubauen, so werde die Sozialdemokratie zur Entregung gelangen, wie sie auch in früheren Zeiten Verspottungen überstanden habe.

Für die sonstige Unterhaltung hatte die Leitung des zweiten Kreises aufs Beste gesorgt. Die „Anpogranthia“, der Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, verleihte die Feier durch einige prächtige Gesangsaufführungen. Die musikalischen Vorträge wurden von der Kapelle Maximilian Fischer ausgeführt.

## Theater und Musik. Städtische Volkskonzerte.

Wagners Jupiter-Sinfonie durchströmte den Saal je in Friedenstag so Kopf besetzten Saal der Philharmonie. Darauf sang und jubelte die Geige im Wettstreit mit dem Orchester in Beethovens Konzert D-Dur. Tropisch erglühendem Tongerant emstigte immer wieder ein gar köstliches Leitmotiv, das gleich dem ersten Satz (im Orchesterpart) bestimmt. Was das Herz der Werkstücke janzigen, lagen, weinen mochte: hier erlebt es der Hörer fasz und bewegend wie damals, als es Melodie ward. Und das ist eben das Wunderbare: noch nach Jahrhunderten werden jene Gebilde die Menschheit erheben. Das gegenwärtige Geschlecht strömt aus Werkstätten, Kaufhäusern, Schreibstuben Volkskonzerten entgegen, um im Idealsitz unsterblicher Mänge die Seele rein zu haben vom Hust und Wehe des Männermordenden und unsagbar hohe Kulturwerte vernichtenden Weltkrieges. Gerade jetzt läßt sich die Bedeutung, ja die Notwendigkeit dieser schon lange zuvor von der Stadt ins Leben gerufenen Konzerte erkennen. In Tagen, da ganze Nationen im Blut ihrer erschlagenen Söhne zu versinken scheinen, da hinüber zum die Gemeinheitslust gewisser Gesellschaftsklassen mitkanonische Länge über frisch geschaukelten Schladentengräbern aufgeführt, versammeln sich des Volkes edlere Gemüter dort, wo die Künste ihre Tempel haben. Größer, immer größer wird die Gemeinde derer, die nach Schönheit und Friede suchen — bis wieder ein Freundschaftsband alle miteinander habenden Völker umschlingt. Musik ist eine Stimme der Kultur und Gerechtigkeit. Je reiner ihr Klang, desto mächtiger ihre Wirksamkeit in die Tiefe und Breite.

Unsere städtischen Volkskonzerte, mit dem unvergleichlichen Philharmonischen Orchester und seinem befeuernden Stabmeister Camillo Hildebrand als Vermittler erfüllen eine wichtige Mission. Sie geben den wenig Bemittelten, denen sich aus diesem Grunde die meisten bürgerlichen Veranstaltungen größtenteils schließen, doch auch gesellschaftliches Gespräch verschließen, alle herrlichsten und gewaltigsten Konzerte deutscher wie fremdländischer Herkunft für ein winziges Entgelt. Und dämpfen des Werklebens Raft und Qual.

### Conrad Alberti.

Einer der stürmischen Anführer und Dränger der Literaturbewegung ausgangs der achtziger Jahre, Conrad Alberti, ist in der Nacht zum Sonntag im Berliner Krankenhaus Pankow gestorben. Eine draufgängerische Durchbruchsnatur, machte er sich in jener Epoche einen nicht wenig gefahnten Namen durch rücksichtslose literarische Kundgebungen gegen die Generation der Alten. Er suchte für Pola und fiel schamlos über Besje her. Als das brüskierte Sittlichkeitsempfinden bürgerlicher Brüderie den 1890 verhandelten Leipziger Realienprozeß anhängig machte, gehörte er neben Hermann Conrad und Wilhelm Ballou zu den Angeklagten, und der damalige Staatsanwalt Nagel, der unlängst als sächsischer Justizminister starb, bekam seine sarkastische Witsigkeit zu spüren.

In dem Leipzig-Wüchener Kampfgang „Gesellschaft“ erging sich Alberti als ein Führer im lauten Streit der Naturalisten. Sozial gerichtete Romane — „Wer ist der Stärkere?“, „Die Alten und die Jungen“ — erwiesen, daß die Lust an gesehendem Kritikern für ihn bezeichnender war als höheres Vermögen. Er nahm natürlich auch an dem Bemühen teil, für die neue Bewegung Normeln, Programmsätze und praktische Ziele zu finden. In der Geschichte des Kampfes um die Reform der Berliner Bühne — als der Führer deutscher Theaterbestrebungen — machte seine Feder sich früh bemerkbar, zuerst in einer Polemik gegen PArronges Deutsches Theater, später in einer scharf dreinschneidenden Schrift „Ohne Schminke“. Nach dem befehligen Einsetzen der Freien Bühne“ brachte er dann 1890 mit Weibtreu — in Gegenjah zu dem Dramatiker — einen Verein „Deutsche Bühne“ zustande. Sie führte auch ein Stück von ihm auf, ein Vorkriegs- und Rängedrama „Vrot“, blieb aber ohne weiterreichende Wirkung. Dann ist die literarische Entwicklung über ihn hinweggewachsen, ob er schon rege und reichbar ein wacher Beobachter und eifriger Schaffer blieb.

Die Unruhe seiner Natur, die sich in den Jugendjahren in literarischer Fehde entlud, hat ihn später auf weite Reisen getrieben, und aus dem jungen Hans zu Sozialproblemen ging auch bei ihm ein Weschäftigen mit den Weltläuten der Menschheitskultur hervor. Sich durchbeissen, nach eigenem Willen leben, unabhängig bleiben und viel und weit umfassen, das machte die Art dieses Mannes aus, der aus einer harten Jugend herkam. Er war 1862 in Breslau geboren und hieß eigentlich Sittenfeld.

## Groß-Berlin Ochsenmaulsalat.

Der „Lokalanzeiger“ verteidigt die Extrablieferung kommunaler Würdenträger mit dem biblischen Satz: „Man soll dem Ochsen, der da dreißt, nicht das Maul verbinden.“

„Dem Ochsen, der dreißt, verbinde nicht das Maul. (Gottlob, daß wir die Schrift im Kopfe haben), Die kommunalen Häupter sind nicht faul, Man füttere mit Salat sie und Kohlraben!“

„Was brütend sie ob der Gemeinde Heil Sich vom Gefäß und Hirne abgewehet, Sei ihnen, wenn schon nicht am Hinterteil, So doch am Bauch durch Brünzeug zugefeket.“

So der „Lokalanzeiger“. — Doch ich schwor, Die Lehre draus dem Schädel einzunieten: Verbind dem Ochsen nicht das Maul, bevor Du den Mitochsen kannst das Maul verbieten!

Ich lege aus der Hand das Schlächtermesser Ich weiß, ich diachte schlecht, Reide reimt besser.

Eric Raubl

### Opfer der Explosion in der Friedrichstraße.

Von den Schwerverletzten bei der Explosion in der Friedrichstraße 235 sind verstorben: der Rouleur H. Richter, die Buchhalterin Elisabeth Kood, Neuföllin, der Nevofor Max Bodmann aus Mainz sowie ein Kaufmann Wendt. Das Befinden des Schauspielers Philipp Hied aus Hamburg, der Frau Preuß, des Kinobesizers A. Gasse, des Buchhalters Fritz May war zufriedenstellend. Hied ist wegen einer Operation einer Niere zugeführt worden. Dem Fabrikhaber Richard Pahlke aus Neuföllin geht es den Umständen angemessen gut, dagegen ist die Buchhalterin Ida Berner, Kreuzlauer Allee 1, ihren schweren Verletzungen erlegen. Die Unfallstätte war am Sonntag das Ziel zahlreicher Schaulustigen, obgleich dort nur wenig zu sehen ist. Einige zerbrochene Fensterscheiben, das ist alles, was außen noch an die Katastrophe erinnert.

Die Toten der Explosion sind jetzt alle bekannt, bis auf eine Frau. Diese Unbekannte ist groß und schlank und trug unter anderem einen grau und rot längsgestreiften gestricelten Unterrock und an Schmuksachen eine goldene Halskette mit einem Medaillon, das anscheinend eine Haarlocke enthielt, an der linken Hand einen früher mit einem Stein geschmückten Ring mit dem Zeichen W. S. 27. 4. 08, ferner einen Ring mit blauem Stein und eingetragtem D. und auf der rechten Hand einen Ring mit einem Monogram, das nicht mehr zu lesen ist.

Die Brandstätte ist in den letzten Tagen von vielen Branddirektoren, Brandinspektoren, Feuerlöschdirektoren, Offizieren und höheren Beamten eingehend besichtigt worden. Einige von diesen Sachverständigen sind während des Krieges Zeugen von Zerstörungen gewesen, die durch Bombenangriffe von Fliegern hervorgerufen wurden. Ihren Neuherungen war zu entnehmen, daß diese Explosion noch keineswegs mit betriebligen Zerstörungen durch Bomben sich vergleichen läßt. In vielen Fällen waren die Folgen und Verheerungen wohl ähnliche, in anderen aber bedeutend unvollkommener. Uebererwärmung waren die Meinungen dieser Sachverständigen, daß grobe Unachtsamkeit und Fahrlässigkeit sehr viel zur Entstehung der Explosion beigetragen haben müssen, daß weder Blitzschlag noch elektrischer Kurzschluß als Ursache der Ausdehnung oder Entstehung der Explosion in Frage kommen dürften.

### Das Oberpräsidium und das Einmaleins.

Amlich wird mitgeteilt: Einige Berliner Blätter enthalten die Mitteilung, daß infolge eines im Bureau des Oberpräsidiums vorgekommenen Rechenfehlers ursprünglich eine zu hohe Auflage in der Kleiderabgabe für die Provinz Brandenburg und Berlin erfolgt sei. Diese Mitteilung ist unrichtig. Die ursprünglich nur der Provinz Brandenburg auferlegte und seitens des Oberpräsidiums bereits unterverteilte Umlage ist durch nachträgliche Anordnung der Zentralbehörde dadurch wesentlich herabgesetzt worden, daß die Umlage der Provinz Brandenburg um die von der Stadt Berlin aufzubringenden 35 000 Markentleider gekürzt ist. Ein Rechenfehler des Oberpräsidiums liegt somit nicht vor.

### Eine Hand wäscht die andere.

Das Fräulein im Schußladen, das beehrtes Schußwerk nur für solche Stunden zur Verfügung hat, die sich mit Schokolade, Butter und dergleichen guten Dingen rewanzieren können, ist in den Zeitungen eine bekannte Erscheinung. Solche nahrhafte Beigaben sind aber auch in anderen Handelsgewerben annehmend gang und gäbe. Die „Holzwelt“ veröffentlicht einen ihr zur Verfügung gestellten Brief, in welchem ein Sägewerksbesitzer einem Kunden zwei Wagen Wohlen anbietet und an seine Offerte folgende Bemerkung knüpft: „Die Hühner legen so gut und wenn Sie die Wohlen beziehen, will ich Ihnen gern zwei Ecks Eier ablassen.“ Der Adressat dieses Briefes erwidert darin ein Zeichen für den Umschwung der Lage am Holzmarkt. Er erzählt, daß als er anfangs 1917 von demselben Sägewerksbesitzer besäumte Betten haben wollte, er zuvor der holden Weiblichkeit Käsegarn und Seide nebst einem Blumenstoff besorgen mußte.

Nebenbei bemerkt, wech dieser Umschwung im Holzgeschäft die Hoffnung auf einen Preisabschlag, der sich schließlich auch in den Möbelpreisen bemerklich machen dürfte. Oder sollte auch hier das Sprichwort zutreffen: Eine Schwalbe macht keinen Sommer?

Verbot der Brennessel-Verfütterung. Laut Verfügung des Kriegsministeriums vom 2. Oktober 1917 dürfen Brennesseln weder verfüttert noch als Gemüße verwendet werden. Sobald die Brennesseln abgeerntet sind, unterliegen sie der Metzpflicht.

## Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für das dritte Vierteljahr 1918 bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen. Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

an das Bekleidungsamt der Kriegsstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, verlängerte Gedemurrung. 10, unter der Aufschrift „Kriegsstoffanfrage“. Zu- überhandlungen werden nach § 8 der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsstoffen vom 28. April 1917 mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft, sofern nicht nach allgemeinen Strafrecht höhere Strafen verurteilt sind. Nähere Auskunft erteilt die Kessel-Anbau-Gesellschaft m. b. H., Berlin S. 8, Mohrenstr. 42/44.

**Beschränkung des Fremdenverkehrs in märkischen Kurorten.** Für die Städte Templin und Lychn und die Landgemeinden Ravensbrück und Himmelpfort, für die Stadt Kuritz, den Gemeinden und Gutsbezirken Zechliner Hütte und die Gemeinden Flecken, Zechlin und Lühne des Kreises Oranienburg, für die Städte Freienwalde (Ober-) und Strausberg und die Landgemeinde Falkenberg (Mark) des Kreises Oberbarnim beträgt für Ortsfremde die Höchst- aufenthaltsdauer 4 Wochen. Ausnahmen gelten nur für unentgeltlich beherbergte Personen, Militärpersonen auf Erholungs- urlaub sowie deren Familien, Ferienkinder, Jungmannschaften und Personen mit amtärztlichem Attest. Auf Zuwiderhandlung steht Strafe.

**Neuflän. Lebensmittel.** 300 Gramm Grieß werden im Laufe der nächsten Woche auf Abschnitt 39 der allgemeinen Lebensmittelkarte abgegeben; desgleichen 200 Gramm Graupen auf Ab- schnitt 33 derselben Karte. Der Verkauf von 500 Gramm Graupen bzw. Gerstengröße auf die Abschnitte 33 und 37, 1 Pfund Marmelade auf Abschnitt 34, 1/2 Pfund Kunst- honig auf Abschnitt 35 wird fortgesetzt. Ferner wird auf Ab- schnitt 36 je nach Belieferung der Kleinbändler noch 1 Pfund Mar- melade abgegeben. Für Zubehör der Lebensmittelkarte für Jugendliche gelangen bis einschließlich Mittwoch, den 26., in den städtischen Verkaufsstellen auf die Abschnitte 12 und 13 zusammen 250 Gramm Graupen bzw. Gerste zur Aus- gabe. Kinder im 5. und 6. Lebensjahre erhalten auf das mit C. bezeichnete Kopfschild der Vollmilchkarte für den Monat Juni in den bekannten Geschäften der Firmen Richard Heinrich und Otto Wienecke, ferner bei Frig. Drosius, Bergstr. 67, Schwadke, Elbstr. 39 und der Konsumgenossenschaft Hohre- chstraße 26-27 und der Emser Str. 88 in der Zeit vom 22. bis 30. je 1 Pfund Zwieback. An Kinder im 3. und 4. Lebensjahre wird voraussichtlich in nächster Zeit Milchdauermilch verteilt. Auf Ab- schnitt 48 der Eierkarte darf in der Zeit bis zum 30. ein Ei ent- nommen werden. — In der nächsten Woche kommen 70 Gramm Butter zum Verkauf. Margarine wird nicht abgegeben. — Der Verkauf von 1 Pfund Frischfleisch auf Abschnitt 114, 1/2 Pfund Räucherware auf Abschnitt 115 und Heringen auf Abschnitt 111 in den städtischen Verkaufsstellen wird bis auf weiteres fort- gesetzt.

**Treptow. Lebensmittel.** Außer den üblichen Rationen werden verteilt: 300 Gramm Graupen auf Abschnitt 37 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 250 Gramm Kunsthonig auf Abschnitt 35 der- selben Karte, 1 Pfund Rübefe auf Abschnitt 25 der Treptower

Lebensmittelbezugskarte für Personen über 65 Jahre, 500 Gramm Haferflocken auf Abschnitt A und A II der Milchkarte für Monat Juli für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre, 1 Hering auf Abschnitt 123 der Treptower Lebensmittelkarte, 1 Ei auf Abschnitt 9 der Eierkarte des Kreises Teltow. In den Gemüchhandlungen hollän- disches und inländisches Gemüse und Werberisches Obst. Fische auf Abschnitt 119, Räucherwaren auf Abschnitt 133 der Treptower Lebensmittelbezugskarte nach Eintreffen der Ware.

## Holt Eure Kohlen jetzt

damit Ihr nicht im Winter frieren müßt.

Kohlenverband Groß-Berlin

**Wilmerdorf. Lebensmittel.** Für diese Woche wird die Kar- toffelverbrauchsmenge auf 7 Pfund für die Person festgesetzt. Die Abgabe und Entnahme hat in der Weise zu erfolgen, daß vier Pfund auf die Abschnitte 26a bis 26d der Hauptkartoffelkarte und 3 Pfund aus der der Bevölkerung gegebenen Vorratsmenge (eiser- nen Ration) entnommen werden. Die sechs Abschnitte 26e bis 26g dürfen bis auf weiteres von der Kartoffelkarte nicht abgetrennt werden. Personen, die erst nach der Belieferung der eisernen Ration nach Berlin-Wilmerdorf zugezogen sind oder die von dem Rechte der Vorratskarte keinen Gebrauch gemacht haben, dürfen auf die sechs Abschnitte 4g, 5a und 5b der Sonderkartoffelkarte zusammen 3 Pfund Kartoffeln entnehmen. Die sechs Abschnitte 4g, 5a und 5b der Sonderkartoffelkarte haben in dieser Woche auch in Schanl- und Speisewirtschaften Gültigkeit. — Vom 26. bis 29. Juni werden die neuen Brot-, Kartoffel-, Reichsfleisch- und Speisefettkarten sowie neue Bezugsarten für Einzelpersonen (8. Ausgabe, grau) und neue allgemeine Lebensmittelkar- ten ausgegeben. — In dieser Woche gelangen zur Verteilung: auf Abschnitt 38 der allgemeinen Groß-Berliner Lebensmittel- karte mit dem Aufdruck Berlin-Wilmerdorf 200 Gramm Weizen- gerste; auf Abschnitt (3) 15 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte für Jugendliche 150 Gramm Mergentranz, auf Abschnitt 16 der- selben Karte 2 Suppenwürfel (100 Gr.). Ferner werden verteilt: für Kinder auf besondere Bezugshefte 1 Pfund Hafermehl bzw. 1 Pfund Haferflocken; auf die von den Drostkommissionen ausge- gebenen besonderen Ausweise für Einmachezucker bzw. Kunsthonig unter gleichzeitiger Abgabe des Abschnittes D der grünen Bezug- karte für Einzelpersonen 3 Pfund Kunsthonig und auf Abschnitt 3 derselben Karte 300 Gr. Rübefe. Außerdem gelangt voraussicht- lich auf Abschnitt 36 der allgemeinen Groß-Berliner Lebensmit- tel-

karte mit dem Aufdruck Berlin-Wilmerdorf 1 Pfund Marmo- lade zur Ausgabe. — Der Verkauf von 1/2 Pfund Heringen oder frischen Fischen bzw. 1/2 Pfund Räucherwaren auf die Abschnitte F und G der grünen Bezugskarte für Einzelpersonen wird fort- gesetzt.

**Steglitz. Sonntagruhe.** Mit dem heutigen Sonntag tritt das neue Ortsstatut über die Sonntagruhe in Kraft. Es dürfen also in offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes — mit Ausnahme derjenigen für Nahrungs- und Genussmittel, sowie für Blumen — und in Fabrik-, Engros-, Bank-, Versicherung-, Agentur- und Expeditionsgeheimnissen, Lehrlinge und Arbeiter nicht mehr beschäftigt werden.

**Reinickendorf. Eierablieferung.** Für die Hühnerhalter, welche sich wegen Nachlass der Eierablieferung an das Königl. Landrats- amt gewendet hatten, ist hier der Bescheid eingegangen, daß nur diejenigen von der Eierablieferung befreit sind, die bis zu drei Hühner besitzen. Die bisher nicht abgelieferten Eier sind sofort nachzuliefern.

**Spandau. Butter und Margarine.** Der Verkauf der städtischen Butter auf Butterabschnitt III der Lebensmittelkarte hat be- gonnen. Auf jeden Abschnitt werden 50 Gramm zum Preise von 40 Pf. verausgabt. Mit Ablauf des 27. verliert Abschnitt III seine Gültigkeit. — Am 28. hat der Verkauf der städtischen Margarine auf Margarineabschnitt III der Lebensmittelkarte begonnen. Auf jeden Abschnitt werden 20 Gramm zum Preise von 8 Pf. veraus- gabt. Mit Ablauf des 27. verliert Abschnitt III seine Gültigkeit.

**Nowawes. Lebensmittel.** In dieser Woche gibt es: Suppen- würfel, 2 Stück zum Preise von 20 Pf. auf den Kartenabschnitt 5 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Grieß, 100 Gramm zum Preise von 7 Pf. auf den Kartenabschnitt 40 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Eier, 1 Stück zum Preise von 38 Pf. auf den Kartenabschnitt 18 der Eierkarte. Die Karteninhaber haben am 24. u. 25. die Lebensmittelkartenabschnitte 5 und 40 und den Kartenabschnitt 18 der Eierkarte bei dem Kleinbändler abzugeben. Bei dem sie die Ware zu beziehen wünschen. Die Waren sind gegen Abgabe der vom Kleinbändler ausgestellten Bescheinigung vom 28. bis 30. Juni in Empfang zu nehmen. In der Verkaufsstelle Hietzestr. 27 findet am Sonntag, den 28. Juni, der Verkauf von Knochen statt. Es entfallen auf den Kartenabschnitt 4 der Groß-Berliner Lebens- mittelkarte Nr. 301-700 1 Pfund Knochen zum Preise von 20 Pf. Am Montag, den 24. Juni, findet in den Verkaufsstellen der Ge- meinde auf folgende Nummern des Ausweises der Verkauf von Heringen statt: Winkel Nr. 4386-4586, Frommert 2001-2844 und 4001-4760, Piegeler 2602-4100, Rudow 5627-4627, Müller 1-1000.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag.** Zeitweise heiter, aber noch kühl und sehr unbeständig, mit öfter wiederholten, im östlichen Küstengebiet vielfach starken, in den anderen Gegenden schwächeren Regenfällen.

Verantwortlich für Politik: Erich Antner, Berlin; für den Abteil des Blattes: Alfred Scholz, Neufahrn; für Anzeigen: Theodor Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagshaus Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.

# Wanzen und Motten mit Brut

werden radikal vernichtet durch Wanzenot Pfeifferol in Flaschen zu 4,50 M., 3,— M., 1,75 M. und 1,— M. und Mottentod Pfeifferol (50 Pf.) überall zu haben. Herr Paul Rades, Drogerie, Turmstraße 48, schreibt: „Ihr Wanzenot Pfeifferol ist vorzüglich, ein Kunde empfiehlt Ihr Präparat immer dem anderen“.

Kopf- und Haarwasser Pfeifferol gegen Ungeziefer für Kinder, Flasche 2,50 M., 1,50 M. u. 75 Pf. Parasiten-Einiment Pfeifferol gegen Ungeziefer, Flasche 2,50 M. und 1,50 M. Trieresol-Wunder Pfeifferol gegen Pflanze, Dose 1,25 M. und 1,— M. Kinderpulver Pfeifferol, bestes Einbrechmittel für Kinder. Toilette-Haarwasser Pfeifferol gegen Kopfschuppen und Schuppen, ein ideales Haarpflegemittel, Flasche 2,50 M.

**Apotheker Otto Pfeiffer & Diebler, A 65, Schulstraße 17.**  
Lieferanten der Deutschen Armee in Fußpflege, Ungeziefer- und Frostmitteln.

**Kranken-, Sterbe- und Zufuhrkassen für männl. Personen aller Berufe Groß-Berlin.**  
Am 21. Juni 1918 ver- starb unser Mitglied  
**Gustav Egerland**  
(Leberarbeiter).  
Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet am Montag, den 24. Juni, nach- mittags 5 1/2 Uhr auf dem Neuen Friedhof - Kirchhof, Wollankstraße, statt.  
Der Vorstand.

**Zauftragung.**  
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und vielen Kranzsenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau  
**Gertrud Reich**  
sage ich allen Teilnehmern, be- sonders den Witwenmännern des Hauses Neue Wollankstraße 31, der freien Vereinigung der Arbeiter von Hakenberg und Umgebung, ganz besonders Herrn Wilhelm Schulze für die trost- vollen Worte am Targe der Bestorbenden, meinen aufrichti- gen Dank.  
Paul Reich nebst Kinder.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Laabs  
beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufs- stör. Geschlechtskrankheit, geseim. Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobte Methoden Harn- und Blutuntersuchung.  
Königsstr. 34/36, Babnbot Alexanderplatz  
Spr. 10-12 u. 3-8, Sonnt. 10-11

**Spezialarzt**  
Dr. med. Hasché,  
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbad.  
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez. chron. Fälle. Schmerzlose, längste Behandlg. ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Näh. Preise Teilzahlung. Sprechstunden 11 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

**Lombard-Haus**  
H. Graf, Leipzigerstr. 75 11  
Volle normale Belebung Diskretion, Re- allität Gelegen- heitsk., Uhren, Brillanten, Schmucksachen  
10-50%, unt. Ladenpr.

**DER „HIAS“**  
Täglich 7 1/2 Uhr abends  
Jeden Mittwoch Familien- u. Schülervorstellung zu kl. Preisen  
**Walhalla-Theater**  
Weinbergsweg

**Admiralspalast.**  
Die Prinzessin von Tragant  
Sajdah  
Deutsche Tänze  
7 1/2 Uhr, 2, 3, 4, 5, 6 M.

**Norddeutsche Gemü- bau-Genossenschaft**  
e. G. m. b. H.  
Mittwoch trifft ein Waggon  
frische

**Mohrrüben**  
ein. 5 Pfund M. 1.40.  
Verteilungsstellen  
sind geöffnet täglich 9-12 und 4-7, Sonntag 8-10.  
Grafstr. 78 (Ede Alster.),  
Pantstr. 49 (Rübe Wollstraße),  
Wollstraße 3 (beim Birchow- Kranenhaus),  
Wilhelmshavener Str. 70 (Markt),  
Kopenhagener Straße 4 (Schanzener Allee),  
Petersburger Straße 4a (Frankfurter Allee),  
Doxhagener Str. 19 (Rübe Wollstraße),  
Kottbuser Straße 18 (Rübe Wollstraße),  
Kurfürstendamm 148 (Rübe Potsdamer Straße),  
Wilmerdorf: Wegstr. 38, am Ringbahnhof,  
Charlottenburg: Weidstr. 1 (Hof Savignypfad),  
Anobisdorferstr. 50 (Rübe Sophie-Charlotte-Platz).  
Neuflän: Kaiser-Friedrich- Straße 15.

**Brot-Milchweiß**  
Aufstrich  
nabrhaft! wohlschmeckend! lüttigend! verleiht in Voll- pasteten d. Pfund M. 1,60  
Hans Hansen, Fr. 3.  
Schleswig

**Zeitungsträger**  
für den „Vorwärts“ wird ein- gestellt. Passend für Innalben. Zeitl. Vichtenberg, Wartenbergstr. 1.  
Meldezeit 11-12, u. 4 1/2-7 Uhr

**Hämorrhoiden-Mittel**, 1000fach demäht M. 5.50 u. 9.50; Prof. Jret. Apoth. Lauensteins Versand Spremberg L. 44.

**Zähne m. echt. Friedenskautechuk 3,50 M.**  
5 Jahre Garantie. Zahngelieben m. Verletzung bei Bestellung v. Gebissen gratis. Goldfronen v. 20 M. an. Spez. Zähne ohne Zahnpolitur. Danziger Straße 1 Gausenpl. Zahnpraxis Hatvani, Ede Schand. Allee.

**Auergesellschaft**  
Berlin O 17  
stellt ein:  
Maschinenschlosser, Mechaniker, Elektromonteur, Elektromonteur f. Trans- formatorbau, energischen Lagerver- walter, Werkzeugmacher, perfekte Leitspindeldreher Klempner, tüchtige Ankerwickler für Anker- und Transforma- torenwickeln, Arbeiterinnen.  
Zu melden Einstellbureau Ehrenbergstraße, Ein- gang Stralauer Allee, 102L.

**Hilfskraft.**  
Wir suchen eine mit Eriachtellen ver- traute, speziell für die Ausgabe bestimmte, möglichst aus dem praktischen Stande hervorgegangene  
Benz & Cie., A.-G., Charlottenburg, Salzufer 2-3.

**Austrägerinnen**  
für den „Vorwärts“  
werden eingestellt in folgenden Filialen  
Berlin: Markusstr. 36, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. Lindenstr. 3.  
Schöneberg: Meiningen Straße 2.  
Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1.  
Borsigwalde: Kienast, Rausch-Str. 10.  
Meldezeit von 11 bis 1 1/2 Uhr und 4 1/2 bis 7 Uhr.  
Tempelhof: Usokermann, Kaiser-Wilhelm-Str. 74.  
Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.  
Weißensee: Wasielewski, Berliner Allee 11.

**Schreibgewandte Lagerarbeiter**  
finden dauernde Beschäftigung.  
**Balkonhüllen-Gesellschaft m. b. H., Tempelhoj,**  
Friedrich-Wilhelm-Straße 52-54.

**Zur Beaufsichtigung**  
der Arbeiter und Lagerverwaltung suchen wir einen nachweislich energischen und bestens empfohlenen  
**Man n.**  
Auch Kriegsverletzte wollen sich melden.  
**Chemische Fabrik Habeko G. m. b. H.,**  
Berlin N 58, Franseckstr. 6.  
Zum sofortigen Eintritt gesucht: 70/15  
Tüchtige Motorenschlosser  
Selbständige Automobil-Monteur  
Universalfräser  
Eingige Kähler-Klempner.  
Märkische Flugzeug-Verst. G. m. b. H. Mark  
Betriebsleitung, Fernsprecher 1510, Potsdam.

**Lehrfräulein**  
für unser Kontor gesucht, auch findet  
**junge Kontoristin**  
Anfangsstellung.  
**Chemische Fabrik Habeko G. m. b. H.,**  
Berlin N, Franseckstr. 6. 9222\*

**Arbeiter,**  
Mehrere 100  
nicht mehrpflichtige Leute, für außerhalb gesucht. Zu melden bei Carl Brandt, Berlin W 9, Schillingstraße 7.  
**Lehrfräulein**  
bis zum 16. Lebensjahre kann sofort eintreten  
**Gebrüder Paetel,**  
Verlagsbuchhandlung,  
Königsstraße 7.

**Gipsformer**  
i. Normplatten-Verf. gefucht  
**Hartung A.-G.,**  
Hertzbergstr. 122.

**Tüchtige ältere Schlosser**  
und 6032\*  
**Dreher**  
sowie  
**Fräser**  
für Universalfräsmaschinen und  
**Hilfsarbeiter**  
werden sofort verlangt.  
**Maschinenfabrik Karl Vogeler,**  
Alt-Moabit 1,  
Am Lehrort Hauptbahnhof.

**Reparaturschlosser**  
Gießerei- und  
Preßwerksarbeiter  
sucht 8942\*  
**Stahlwerk Bothe**  
Berlin-Weißensee,  
am Industriebahnhof.